

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Jorge Scholz

## Amnesty gegen Polizeiterror

Die Menschenrechtsorganisation 'amnesty international' (ai) hat der Bhutto-Regierung vorgeworfen, in Karachi systematischen Polizeiterror zu dulden. In einer am 20. August verbreiteten ai-Erklärung wird den in der seit Monaten von bürgerkriegsähnlicher Gewalt erschütterten Wirtschaftsmetropole eingesetzten Sicherheitskräften vorgeworfen, Menschen ohne rechtliche Grundlage festzunehmen, Inhaftierte zu schlagen und sogar zu töten. Der Pressesprecher von Premierministerin Benazir Bhutto nannte die Anschuldigungen übertrieben.

Allein in den Monaten Juli und August sind dem politisch motivierten Konflikt in der 12-Millionen-Stadt mindestens 500 Menschen zum Opfer gefallen. Damit erhöhte sich die Zahl der Toten in diesem Jahr auf mehr als 2.000. Mittlerweile spitzen sich die gewalttätigen Auseinandersetzungen in Karachi zu einer Entscheidungsschlacht zwischen den Sicherheitskräften und dem militanten Flügel der in den Untergrund gegangenen 'Mohajir Qaumi Movement' (MQM) zu, die unter der Führung des im Londoner Exil lebenden Parteichefs

Altaf Hussain als Interessenvertretung der urdusprachigen Einwanderer aus Indien für die Rechte dieser Minderheit kämpfen (siehe auch Interview in dieser Ausgabe).

Die am 11. Juli überraschend anberaumte Friedensgespräche zwischen der MQM und Regierungsvertretern wurden am 31. Juli nach insgesamt fünf Verhandlungsrunden wieder ergebnislos abgebrochen. Eine sichtbare Annäherung der Positionen konnte dabei nicht erzielt werden. Auch während der Treffen der Delegationen hielt das Morden in der Hafenstadt unvermindert an.

Dagegen sind die blutigen Rivalitäten zwischen militanten sunnitischen und schiitischen Terrorgruppen, die für eine Serie von Bombenattentaten auf Moscheen in Karachi verantwortlich gemacht werden, deutlich abgeflaut. Mit der Gründung eines 'Nationalen Rates' ('Milli Yakjehti Council'), in dem sich zahlreiche religiöse Gruppen und Parteien zusammengeschlossen haben, ist es den Islamisten offenbar gelungen, ihre Streitigkeiten zumindest vorläufig beizulegen. Auch der gewaltsam ausgetragene Machtkampf zwischen verfeindeten Fraktionen der MQM, der mehrere hundert Menschenleben gekostet

hat, scheint zugunsten des Mehrheitsflügels von Altaf Hussain entschieden zu sein. (siehe auch 'Südasiens', 3/95).

## Neuer Islamisten-Aufstand

Im Hindukush-Distrikt Malakand der 'North-West Frontier Province' (NWFP) ist der Streit um die Einführung des islamischen Rechtssystems der Shariah nach den beiden blutig niedergeschlagenen Aufständen im vergangenen Jahr erneut eskaliert. Der derzeit inhaftierte Islamistenführer Maulana Sufi Mohammad hatte am 18. Juli aus dem Gefängnis heraus die Aktivisten seiner 'Therik-e-Nifaz-e-Shariat-e-Mohammadi' (TNSM) zu einer weiteren Protestkampagne aufgerufen, da die PPP-Koalitionsregierung in Peshawar seiner Meinung nach ihre Zusagen nicht einhalte, in diesem Distrikt die Shariah zu verwirklichen, die dort das von der Regierung abgeschaffte Sonderrecht für sogenannte 'Provincially Administered Tribal Areas' (PATA) ersetzen soll. In einem offenen Brief forderte der charismatische Politiker seine Anhänger zum Steuerboykott und zu Sitzblockaden von Polizeistationen und öffentlichen Gebäuden auf. Außerdem sollten sich seine Gefolgsleute den Sicherheitskräften stellen und sich verhaften lassen. Die zunächst friedlichen Dauerkundgebungen in mehreren riesigen Zeltlagern eskalierten, als die Polizei tatsächlich die Versammlungen mit Massenverhaftungen auflösen wollte. Zumindest in den Dörfern Khwazakhela und Kabal im Bezirk Swat kam es dabei zwischen Polizei und Demonstranten zu gewalttätigen Zusammenstößen, die nach vorliegenden Berichten elf Todesopfer forderten. Die TNSM behauptete, daß bei dem Crackdown der Regierung vier- bis fünftausend Demonstranten verhaftet wurden. Die Polizei selbst gibt die Zahl der Verhafteten mit 1.000 bis 1.500 an. Über Freilassungen wurde bisher nichts bekannt.

## Haushalt 1995/96 verabschiedet

Das zu Beginn des am 1. Juli eingeläuteten neuen Fiskaljahres



Die Polizei beim Einsatz in Karachi (Foto: 'Gulf News')

präsentierte Budget der PPP-Regierung wird von Beobachtern als Eingeständnis gewertet, daß die pakistanische Volkswirtschaft unter den gegenwärtigen politischen Verhältnissen die mit dem Internationalen Währungsfond (IWF) vereinbarten Reformziele zurücknehmen muß. Obwohl nach den Vorgaben schon im vergangenen Jahr das Staatsdefizit von 5,4 Prozent auf 4 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) sinken sollte, werden jetzt nur noch fünf Prozent angestrebt. Die Abkehr vom Sparkurs wird von den Wirtschaftsexperten der Bhutto-Regierung mit drastisch gesunkenen Steuereinnahmen und dem bescheidenen Gesamtwachstum von 4,7 Prozent statt der erwarteten 6,9 Prozent im abgelaufenen Haushaltsjahr begründet. Außerdem übertraf die Inflation mit offiziell 13 Prozent die Prognosen um fast das Doppelte.

Der neue Haushalt besitzt ein Volumen von 431 Mrd. Rupien. Davon verschlingt allein der Posten Verteidigung 115 Mrd. Rupien, was gegenüber dem Vorjahr eine Erhöhung um 15 Prozent entspricht. Der Schuldendienst wächst sogar um 18 Prozent auf 157 Mrd. Rupien. Für produktive Investitionen bleiben vergleichsweise bescheidene 100 Mrd. Rupien übrig, wovon je 15 Prozent für die Sektoren Energie, Transport, Fernmeldewesen und Wasser vorgesehen sind. Der soziale Bereich - Gesundheit, Erziehung und Familienplanung - muß mit noch weniger Mitteln (rund 10 Mrd. Rupien) auskommen. Die große Masse der armen Bevölkerung bleibt also auch weiterhin auf projektgebundene Hilfsgelder aus dem Ausland angewiesen.

Bei der Fixierung der Einnahmen haben eindeutig politische Motive die Entscheidung der Regierung beeinflusst: Die unpopuläre Erhöhung der Verbrauchssteuern im vergangenen Jahr wurde bei einigen Gütern des Massenkonsums (zum Beispiel beim Zucker) wieder zurückgenommen, bei der Einkommensteuer wurde der Freibetrag erhöht, und die politisch wichtige Schicht der Regierungsbeamten darf sich über eine kräftige Aufbesserung der Gehälter und Pensionen nebst Inflationsausgleich freuen. Die so noch vergrößerten Lächer auf der Einnahmeseite hofft die Regierung mit effizienteren Besteuerungsmethoden und durch Erhöhung bestimmter Produktsteuern zu stopfen. Die Gaspreise sind bereits um 26 Prozent und die Benzinpreise

um fünf Prozent angehoben worden. Der staatliche Energiekonzern WAPDA erhöhte seine Tarife sogar um knapp 22 Prozent.

Gleichzeitig werden die Höchstsätze der Importzölle nur um fünf auf 65 Prozent gesenkt. Dieser Wert liegt deutlich über der Marke von 45 Prozent, die Pakistan mit dem IWF vereinbart hatte. Das Verfehlen sämtlicher Vorgaben hat den IWF veranlaßt, die zweite Rate eines Stützungskredits mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Milliarden Dollar zurückzuhalten.

### Weltbank kritisiert Militärausgaben

Die Pakistan-Gruppe der Weltbank, der dreizehn westliche Geberländer und mehrere internationale Finanzinstitute angehören, hat nach zweitägigen Beratungen in Paris deutliche Kritik an den hohen Rüstungsausgaben der Bhutto-Regierung geübt. "Der Rüstungshaushalt Pakistans ist, auch wenn man die besondere Lage des Landes berücksichtigt, deutlich zu hoch", so kommentierte der Vizepräsident der Weltbank, Joseph Wood, die militärische Aufrüstung Islamabad.

### US-Regierung will Waffen liefern

US-Präsident Bill Clinton hat den Kongreß aufgefordert, einer einmaligen Waffenlieferung in dreistelliger Millionenhöhe an Pakistan zuzustimmen. Die gab das amerikanische Außenministerium am 27. Juli bekannt und bestätigte damit einen entsprechenden Bericht der 'Washington Post'. Die Waffenlieferung gilt als Kompensationsgeschäft für den bislang blockierten Verkauf von F-16 Kampfflugzeugen an Islamabad. Pakistan hatte 1989 in den USA 60 Maschinen dieses Typs geordert und dafür bereits 658 Millionen Dollar bezahlt, von denen jedoch bis zu einem 1990 wegen des pakistanischen Atomwaffenprogramms verhängten Embargos nur 22 geliefert wurden. Die Regierung in Islamabad fordert seitdem die Freigabe der übrigen 38 Flugzeuge oder die Rückerstattung des Geldes. Mit dem nun angestrebten "Waffenpaket" hofft die Clinton-Administration offenbar, die durch diese Affäre belasteten amerikanisch-pakistanischen Beziehungen verbessern zu können. Die Initiative Clintons wird vom Außenministerium in Washington als Einlösung einer entsprechenden Zusage bezeichnet, die der amerikanische Präsident Premierministerin Bhutto gegenüber bei ihrem USA-Besuch im April dieses Jahres gemacht habe.

Der 'Washington Post' zufolge sieht der Plan, der in den vergangenen Wochen bereits zahlreichen Senatoren un-

terbreitet worden ist, die einmalige Aufhebung des Waffenembargos vor, um die Lieferung von Flugzeugen, Raketen und Ersatzteilen zu ermöglichen. Die F-16 Kampfbomber seien in der Rüstungsendung allerdings nicht enthalten. Die Zeitung beziffert den Wert der Rüstungsgüter auf 370 Millionen Dollar. Eine offizielle Reaktion der Bhutto-Regierung auf den Vorschlag aus Washington liegt bislang nicht vor.

### Afghanische Luftangriffe

Afghanische Kampfflugzeuge haben am 22. August Angriffe auf Ziele im nordpakistanischen Grenzgebiet geflogen. Nach Angaben aus Regierungskreisen in Islamabad drangen die Maschinen der afghanischen Luftwaffe viermal in den pakistanischen Luftraum ein und bombardierten eine Schule. Verletzt wurde demnach niemand. Die afghanische Nachrichtenagentur AIP meldete dagegen, daß der Luftangriff Stellungen des afghanischen Rebellenführers Gulbuddin Hekmatyars und seiner 'Hezb-i Islami' geglitten habe, wobei mindestens 20 Menschen getötet worden seien. Seit dem Sturz der kommunistischen Regierung in Afghanistan Anfang 1992 ist dies der erste Zwischenfall dieser Art.

### Überfall auf BBC-Büro

Militante Islamisten haben in Islamabad am 24. August die Redaktion des britischen Rundfunksenders BBC verwüstet und zwei Korrespondenten verprügelt. Nach Agenturberichten stürmten fünf bis sechs Jugendliche das Büro, zerschmetterten die Einrichtung und warfen einen Brandsatz, durch den Teppiche und andere Gegenstände in Brand gerieten. Die Täter schrieten dabei nach Angaben von Augenzeugen "Lang lebe Maulana Azam Tariq", der Vorsitzende der radikal-sunnitischen Terrorgruppe 'Sipah-e-Sahaba Pakistan' (SSP) ist. Azam Tariq, Mitglied der Nationalversammlung, sitzt seit einem Monat im Gefängnis, da man ihm vorwirft, zu Ausschreitungen gegen die schiitische Minderheit aufgerufen zu haben. Der stellvertretende SSP-Chef Zia-ur-Rehman Farooq hatte vor zwei Wochen mit Demonstrationen vor dem BBC-Büro in Islamabad gedroht, falls der Sender nicht auf die Ausstrahlung eines Filmbeitrags verzichte, in dem Azam Tariq die Schiiten als Ungläubige bezeichnet.

### Mordanschlag im Flugzeug

Auf einem Inlandsflug der pakistanischen Luftverkehrsgesellschaft PIA von Islamabad nach Faisalabad haben am 24. August zwei Männer ein Attentat auf den PPP-Parlamentsabgeordneten

Chaudhry Mohammad Ilyas verübt. Nach Angaben der Polizei griffen die beiden mit einem Rasiermesser und einer Schere bewaffneten Täter kurz nach dem Start an, und versuchten dem Politiker die Kehle durchzuschneiden. Ein Sicherheitsbeamter an Bord erschoss daraufhin die beiden Attentäter. Mohammad Ilyas überlebte schwerverletzt. Das Flugzeug wurde durch Querschläger beschädigt, konnte aber ohne weitere Zwischenfälle landen. Über die Hintergründe des Mordanschlags wurde nichts bekannt.

### Bhutto kommentiert Entführung in Kaschmir

Auf die Beschuldigung der indischen Regierung, daß Pakistan für die Entführung westlicher Touristen im indischen Teil Kaschmirs verantwortlich sei, hat Benazir Bhutto mit dem Gegenvorwurf reagiert, daß die indische Regierung hinter der Geiselnahme stecke. In einem Interview für einen indischen Privatsender sagte die Premierministerin am 24. August, daß man in Pakistan glaube, daß der indische Geheimdienst in das neun Wochen andauernde Drama verstrickt sei. Die Entführergruppe 'Al-Faran' sei nach Ansicht ihrer Landsleute eine Erfindung der indischen Agenten. Mit der Entführung solle das Anliegen der Separatisten in Kaschmir diskreditiert werden. Bhutto warf in dem Interview die Frage nach den Nutznießern der Entführung auf: "Hat es den Kaschmiri geholfen, oder nicht vielmehr der indischen Regierung in ihrer Propaganda gegen den Aufstand der Kaschmiri?"

### International gesuchter Drogen-schmuggler verhaftet

Drogenfahnder haben Ende Juli auf dem Flughafen von Islamabad einen international gesuchten Heroinschmuggler verhaftet. Wie die pakistanische Nachrichtenagentur APP meldete, wurde der in Deutschland und Großbritannien gesuchte Bedi Shah zusammen mit zwei Komplizen festgenommen, nachdem die Beamten im Koffer des Verdächtigen ein Kilogramm Heroin entdeckten, das in winzigen Löchern der Kofferschale versteckt war.

Shah koordinierte laut APP ein Netzwerk von 40 Dealern und soll in den letzten 15 Jahren mehrere hundert Kilogramm Heroin nach Europa geschmuggelt haben. Bei seiner Festnahme sei er gerade auf dem Weg nach Karachi gewesen, um seine Kuriere mit Ware zu versorgen. Die Drogenfahnder auf dem Flughafen hätten einen Tip bekommen, daß Shah Rauschgift mit sich führe, was sie jedoch zunächst bei einer Durchsichtung des Gepäcks nicht finden konnten. Erst als ein Beamter verärgert auf den

Koffer geschlagen habe, sei das Heroin herausgeriesel. Wie sich dann herausstellte, war der Koffer mit winzigen in das Leder gebohrten Löchern präpariert, in die man das Heroin unter Druck eingefüllt hatte. Unter Berufung auf den Chef der pakistanischen Drogenpolizei 'Pakistan Narcotic Control Board' (PNCP), Mohammad Aslam, hieß es weiter, in Pakistan operierende deutsche und britische Rauschgiftfahnder hätten um Teile des Koffers für Schulungszwecke gebeten.

### Flutkatastrophe im Sindh

Ungewöhnlich heftige Monsunniederschläge in Südpakistan haben im Juli nach einem Deichbruch im Distrikt Dadu zu katastrophalen Überschwemmungen geführt. Eine gewaltige Flutwelle zerstörte nach vorsichtigen Schätzungen mehr als 600 Dörfer und kostete mindestens 300 Menschenleben. 50.000 Bewohner der Region waren zeitweise von der Außenwelt abgeschnitten und mußten mit Motorbooten der Armee versorgt werden. Nach Angaben der Behörden wurden rund 100 Quadratkilometer Land überschwemmt. In einigen Gebieten habe der Wasserspiegel vier Meter betragen, hieß es in einer entsprechenden Agenturmeldung. Inzwischen hat sich die Lage wieder entspannt, obwohl noch bis in den September hinein mit weiteren Unwettern gerechnet werden muß.

### Regierung beschließt Änderung des Blasphemie-Gesetzes

Mit einem entsprechenden Kabinettsbeschuß hat die Bundesregierung in Islamabad eine Überarbeitung des umstrittenen Strafrechtsparagrafen 295-C angeordnet, um den verbreiteten Mißbrauch durch falsche Anklageerhebung gegen Angehörige religiöser Minderheiten künftig zu unterbinden. Damit reagiert die Bhutto-Regierung auf die weltweiten Proteste gegen die später aufgehobenen Todesurteile im spektakulären Blasphemie-Prozeß gegen den 14jährigen Christen Salamat Masih und seinen Onkel Rehmat wegen angeblicher gotteslästerlicher Kritzeleien an eine Moscheemauer (siehe 'Südasiens', 3/95). Wie pakistanische Zeitungen meldeten, setzt die Gesetzesnovelle im wesentlichen auf Abschreckung, da den Klägern in solchen Gerichtsverfahren in Zukunft bis zu zehn Jahren Gefängnis drohen, falls sie Ihre Behauptungen nicht beweisen können.

Hintergrund: Seitdem im Juni 1991 im Zuge der Islamisierung des Strafrechts für das Delikt der Beleidigung des Propheten Muhammad die Todesstrafe eingeführt wurde, nutzten islamistische Geistliche wiederholt mit böswilligen Klagen gegen nachweislich unschuldige

Christen und Ahmadi provozierte Blasphemie-Prozesse als Agitationsbühne für ihre polit-religiösen Ziele. Auch Privatkonflikte zwischen muslimischen und nicht muslimischen Nachbarn führten in mehreren Fällen zu verleumderischen Anzeigen.

Der Blasphemie-Paragraph 295-C bot sich vor allem deshalb für den Mißbrauch an, da bisher allein die Aussage des Klägers als Basis für die Anklageerhebung und Verhaftung des Beschuldigten genügte; Falschaussagen blieben ungesühnt. Außerdem lag bislang die Beweislast im Unterschied zu dem sonst üblichen Prinzip beim Angeklagten: Nicht die Partei des Klägers mußte die Schuld des Beklagten nachweisen, sondern der Beschuldigte seine Unschuld.

### Bhutto: "Islam nicht frauenfeindlich"

Die Benachteiligung von Frauen in muslimischen Ländern ist nach Ansicht von Premierministerin Benazir Bhutto nicht auf den Islam zurückzuführen. Bhutto betonte in einer Ansprache vor über 100 weiblichen Parlamentsabgeordneten aus 35 islamischen Ländern, die sich Anfang August in Islamabad zu einer dreitägigen Konferenz islamischer Politikerinnen eingefunden hatten, der Islam sei eine Religion, die die Gleichheit der Geschlechter predige. Für die Diskriminierung von Frauen seien vielmehr männliche Traditionen verantwortlich, die den Frauen die Rechte verweigerten, die ihnen laut Lehre des Korans zustünden. Bhutto muß sich immer wieder gegen religiös-konservative Politiker verteidigen, die sie mit dem Argument attackieren, daß eine Frau an der Spitze der Regierung gegen die Gesetze des Islams verstoße. Gegenwärtig sind lediglich vier der 217 Abgeordneten der Nationalversammlung Frauen. Gewalt gegen Frauen, vor allem in den Familien, ist im ganzen Land weit verbreitet. Jedes Jahr werden laut Frauenverbänden und Menschenrechtsorganisationen hunderte Morde an Frauen begangen, wobei in der Regel die Ehemänner oder Brüder des Ehemannes als Tatverdächtige in Frage kommen.

### Haftverschonung für Schwangere und Mütter mit Babys

Zu Gefängnisstrafen verurteilte schwangere und stillende Frauen bleiben in Zukunft von der Vollstreckung der Haft verschont. Dies hat der Oberste Gerichtshof in Islamabad in einem Grundsatzurteil entschieden. Die Verfassungsrichter beriefen sich in ihrer Begründung auf islamische Rechtsvorschriften, wonach Gefängnishaft für Schwangere und stillende Mütter bis 30 Monate nach der Geburt nicht zulässig sei.